

## DIE AFGHANISCHEN FLÜCHTLINGE IN PAKISTAN<sup>+</sup>

Franz-Josef Vollmer

"Ein Teil sei den armen Flüchtlingen zgedacht, die, aus ihren Häusern vertrieben, verjagt aus ihrem Besitztum, nur die Gnade Allahs und sein Wohlgefallen erstrebten und Allah und seinem Gesandten beistanden. Sie sind die wahrhaft Getreuen. Die, die unbehelligt in Medina wohnten und schon längst im wahren Glauben lebten, sollen die später Bekehrten lieben, die zu ihnen fliehen mußten."

Koran, 59. Sure

"Was soll ich mit einer Decke, wenn mein Land nicht frei ist?"

Flüchtlingswort

### I. DIE POLITISCHEN EREIGNISSE IN AFGHANISTAN SEIT 1978

#### 1. Die Saur-Revolution

Am 7. Saur 1357, dem 27. April 1978, begann in Kabul jener Umsturz, der zunächst wie ein Militärputsch aussah, sich aber sehr schnell zu einer Revolution auswuchs. In einer äußerst blutigen Aktion wurde der bisherige Staatspräsident, Mohammad Daoud, mit Teilen seiner Familie getötet. Am nächsten Tag wurde Nur Mohammad Taraki, der Führer der kommunistischen Chalq-Partei, zum Premierminister ernannt. Aus der "Republik Afghanistan" wurde über Nacht eine "Demokratische Republik Afghanistan". Es herrschte Kriegsrecht. Die Saur-Revolution hatte begonnen<sup>1</sup>.

Schon am 28. April 1978 kamen die ersten afghanischen Flüchtlinge in Peshawar an. Es handelte sich ausnahmslos um hohe Beamte und Mitglieder der Regierung Daoud, sowie um Angehörige der königlichen Familie, bzw. der Sippe Daoud (Daoud war ein Schwager und Vetter des Königs Zahir Shah, der bis 1973 regiert hatte). Einige waren, ehe die afghanisch-pakistanische Grenze am Khyber-Pass gesperrt wurde, in nur sechsstündiger Autofahrt nach Pakistan gelangt. Andere überquerten während der Nacht die "grüne" Grenze in den Bergen von Pashtunistan.

Diese Flüchtlinge der ersten Stunde waren politische Flüchtlinge im allerengsten Sinn. Ihr Schicksal war durch Familienzugehörigkeit und/oder Regierungsfunktion mit dem gestürzten Staatspräsidenten Daoud verbunden. Nachdem er ermordet war, mußten sie für Leib und Leben fürchten. Ohne die Natur des neuen Regimes genau zu kennen, wußten sie, daß Gnade nicht zu erwarten war. Daoud selbst war, als er am 17. Juli 1973 in einem unblutigen Putsch den König entthront hatte, noch großzügig verfahren. Er stellte der Familie des abgesetzten Monarchen ein Flugzeug zur Verfügung, mit dem sie ins italienische Exil reisen konnten. Sie durften ihre persönlichen Effekten, Wertsachen und Geld mitnehmen. Derlei Großzügigkeit war von den neuen Machthabern nicht zu erwarten. Die Eroberung der Macht war blutig verlaufen, die Abrechnung der neuen Klasse mit den alten Machthabern würde ebenso blutig werden. So kam nur die Flucht in Frage.

Hilfe und Unterstützung benötigte diese erste Flüchtlingswelle nicht. Es handelte sich durchweg um vermögende Leute, die auch als Flüchtlinge ausreichende Mittel hatten, um für sich selbst zu sorgen. Sie mieteten in Peshawar Wohnungen und Häuser an und konnten, zumindest teilweise, ihren großbürgerlichen bzw. aristokratischen Lebensstil weiterführen. Einige ließen aus Kabul sogar ihre bisherigen Hausangestellten nachkommen. Gegenseitig unterstützte sich diese Gruppe, auch in der Hoffnung, daß die neuen Herren in Kabul sich nicht lange würden behaupten können.

In den folgenden Sommermonaten 1978 veränderte sich diese Flüchtlingssituation nicht wesentlich. Die Zahl der Flüchtlinge nahm zu, sie stieg von zunächst einigen hundert Personen auf einige tausend, aber ihre Herkunft, bzw. ihr Hintergrund, waren ähnlich: Es handelte sich um Beamte und Angestellte des Öffentlichen Dienstes, sowie um Intellektuelle und Universitätsangehörige, die im Zuge der drastischen Personalumbesetzungen ihre Stellen verloren hatten. Da die neue Regierung Taraki nicht nur hohe Beamten entließ, wie dies bei Regierungswechseln häufig der Fall ist, sondern auch beispielsweise Chefärzte von Krankenhäusern, Rektoren von Volksschulen und Bürgermeister von Provinzstädten von einem Tag auf den anderen feuerte und deren Stellen mit linientreuen Mitgliedern der Volks-Partei besetzte, stieg die Zahl derer, die eine Flucht ins nahe Ausland in Erwägung zogen, ständig an. Während zu Beginn der Revolution nur Flüchtlinge aus Kabul ankamen, meldeten sich im Verlauf des Sommers 1978 immer mehr Flüchtlinge aus afghanischen Provinzstädten. Aber immer noch bildeten die Flüchtlinge keine Massenbewegung. Immer handelte es sich um einzelne Familien oder Gruppen von befreundeten Familien, oft flüchteten auch nur Männer vor Verfolgung und Verhaftung und ließen Frauen und Kinder in relativer Sicherheit in Afghanistan zurück.

Immerhin wurde sowohl der pakistanischen Regierung, als auch den internationalen Flüchtlingshilfeorganisationen nach und nach deutlich, daß für die Flüchtlinge Unterstützung organisiert werden mußte. In zunehmendem Maße kamen Flüchtlinge, die nur sehr bescheidene Barmittel hatten und mit nicht mehr als einigen Hausratsgegenständen geflohen waren. Viele hatten ihre Ersparnisse auf der Flucht aufgebraucht. Immerhin muß erwähnt werden, daß

die Solidarität und das traditionelle Zusammengehörigkeitsgefühl der geflüchteten Afghanen noch so stark waren, daß sie sich gegenseitig unterstützten und so nicht primär auf pakistanische, bzw. internationale Hilfe angewiesen waren.

## 2. Die Revolution frißt ihre Kinder<sup>2</sup>

Ab dem Spätsommer 1978 begann sich die zuvor noch relativ undramatische Situation der Flüchtlinge in Afghanistan zu ändern. Die Verfolgungs- und Verhaftungswellen in Afghanistan trafen nicht mehr nur Amtsinhaber der früheren Regierung, sondern in zunehmendem Maße auch Mitglieder des Partscham-Flügels der Volksdemokratischen Partei. Der Hintergrund dieser sehr spezifischen Fluchtbewegung lag in den ständig zunehmenden Spannungen zwischen dem Chalq-Flügel und dem Partscham-Flügel innerhalb der herrschenden Einheitspartei. Die beiden führenden Vertreter des Partscham-Flügels, der bisherige Vize-Präsident, Babrak Karmal, und die Sozialministerin, Dr. Anahita Ratebzad, waren bereits durch die Chalq-orientierte Parteiführung entmachtet und als Botschafter ins Ausland geschickt worden. Viele kleinere Funktionäre trafen innerparteiliche Bannstrahl mit größerer Härte: Sie wurden verhaftet, gefoltert und kamen sehr oft in den politischen Gefängnissen unter unbekanntem Umständen um. Die Revolution begann, ihre eigenen Kinder zu verschlingen. Diesem Schicksal entgingen viele Partschamis durch die Flucht. Nur ein Teil von ihnen flüchtete allerdings nach Pakistan. Ein, wie wir heute wissen, größerer Teil von ihnen tauchte innerhalb Afghanistans selbst unter, in Gebieten, die mehr oder weniger regierungsfrei waren.

Immerhin bewirkte die Flucht der Partschamis, daß die bislang homogene Gruppe der afghanischen Flüchtlinge in zunehmendem Maße eine unterschiedliche Qualität annahm. Zu den bisherigen, politisch eher konservativ eingestellten Flüchtlingen kamen nunmehr aktive, dynamische und progressistische Leute, deren anfängliche Begeisterung über die Saur-Revolution hart enttäuscht worden war. Zu ihrer unterschiedlichen politischen Ausrichtung kam ihr sehr unterschiedlicher sozialer und wirtschaftlicher Hintergrund als erschwerendes Unterscheidungsmerkmal dazu. So ist es nicht verwunderlich, daß in zunehmendem Maße auch innerhalb der Flüchtlingsgruppen in Pakistan Mißtrauen zu wachsen begann. Jeder Neuankömmling wurde zunächst argwöhnisch befragt, bevor er Aufnahme fand.

Ihren Höhepunkt fand diese Fluchtbewegung im September 1979, als Hafizullah Amin im Zuge einer "Palastrevolution" seinen bisherigen Parteifreund, Premierminister Taraki, ermordete und sich selbst zum Regierungschef ernannte. Allein bei einer Gefangenenrevolte im berühmtesten Gefängnis von Pul-e-Charki konnten nahezu 10 000 politische Gefangene in Freiheit entkommen. Die Gesamtzahl der nach Pakistan geflüchteten Afghanen betrug zu diesem Zeitpunkt etwa 200 000 und hatte damit bereits eine international bedeutsame Größenordnung erreicht.

### 3. Flucht und Widerstand

Zwischen den Flüchtlingen in Pakistan und den Widerstandsgruppen innerhalb Afghanistans bestand immer lebhafter Austausch. Die Grenze in den Bergen von Paschtunistan ist durchlässig und kann auch bei hoher Luftüberlegenheit der Regierungstruppen nur bei Tag gesichert werden. Die Gegebenheiten des Geländes erlauben es den Flüchtlingen, mit Tieren und Hausrat, manchmal auch mit geländegängigen Fahrzeugen, nach Pakistan zu kommen. Gleichzeitig können auch im Schutze der Nacht Widerstandsgruppen mit Waffen, Munition und Proviant nach Afghanistan zurückkehren. Aufgrund dieser Situation mußte die Grundsatzfrage "fliehen oder Widerstand leisten" nie endgültig entschieden werden. In vielen Fällen flohen ganze Familien oder Sippen geschlossen nach Pakistan. Die männlichen Mitglieder der Familien/Sippen kehrten als Widerstandskämpfer nach Afghanistan zurück, nachdem sie ihre Frauen und Kinder in Pakistan in Sicherheit und versorgt wußten. Die relativ offene Grenzsituation erlaubte es, nach einigen Monaten wieder zurückzukommen.

Die Regierungen Taraki und Amin, aber auch die Sowjetregierung, haben daher mit Recht darauf hingewiesen, daß die Flüchtlingslager in Pakistan Zentren und Nachschubbasen des innerafghanischen Widerstands seien. Die politischen Beziehungen zu Pakistan wurden dadurch schwer belastet. Pakistan mußte sich gegen den Vorwurf wehren, daß von seinem Territorium aus subversive Tätigkeiten gegen das Nachbarland ausgingen. Die pakistanische Regierung hat wohl zu keinem Zeitpunkt den ernsthaften politischen Willen gehabt, den regen Austausch zwischen Flüchtlingen und Widerstandsgruppen zu unterbinden. Selbst wenn sie es jedoch gewollt hätte, wäre eine solche Absicht kaum durchführbar gewesen. Der Vorwurf der Regierungen in Kabul und Moskau, Pakistan trage dazu bei, die nationale afghanische Revolution zu internationalisieren, bestand daher faktisch zu recht. Diese Tatsache muß erwähnt werden, da diese "Internationalisierung des Widerstands" der angebliche Grund für die afghanische Revolutionsregierung gewesen sein soll, ihrerseits nach internationaler Unterstützung zu rufen. Immerhin wurde die militärische Intervention der sowjetischen Truppen in Afghanistan wesentlich damit begründet, daß die konterrevolutionären Kräfte aus Pakistan internationale Unterstützung erhielten.

### 4. Der sowjetische Einmarsch<sup>3</sup>

Ende Dezember 1979 rückten sowjetische Truppen mit einer Invasionsarmee von etwa 80 000 Mann in Afghanistan ein. Premierminister Hafizullah Amin wird hingerichtet. Der aus dem Exil heimgekehrte Babrak Karmal wird als Regierungschef eingesetzt. Der bisher dominante Chalq-Flügel der Volksdemokratischen Partei verliert damit den innerparteilichen Machtkampf gegen Partscham. Babrak Karmal, wichtigster Exponent des Partscham-Flügels, beginnt nun seinerseits mit Hilfe der sowjetischen Armee, die tatsächlichen

oder vermeintlichen Anhänger des Chalq-Flügels zu verfolgen, zu verhaften oder zu liquidieren. Diese schweren innerparteilichen Konflikte lösen eine neue Fluchtbewegung aus.

Im Rückblick erscheint es so, daß die Intervention der sowjetischen Truppen für viele Afghanen, die bisher gezögert hatten, das Land zu verlassen, den letzten Anlaß zur Flucht gab. Im Januar und Februar 1980 stiegen die Flüchtlingszahlen steil an; es kommen Flüchtlinge aus weitentlegenen Gebieten Afghanistans, und es entschließen sich vor allem Menschen zur Flucht, die ein ansonsten völlig unpolitisches Leben auf dem Land geführt haben. Tatsächlich wird bei Befragungen in den Lagern als häufigster Fluchtgrund angegeben: "Unser Land ist von Fremden besetzt". Es scheint, daß die Anwesenheit von 80 000 bis 100 000 Mann fremder Truppen gerade für die stolzen und heimatverbundenen Afghanen eine Art moralischer Rechtfertigung für das Verlassen des Heimatlandes darstellt.

Die sowjetische Invasionsarmee versuchte, in mehreren Großoffensiven die Hauptzentren des innerafghanischen Widerstandes auszuschalten. Zwischen Januar und März 1980 kommt es zu schweren, langwierigen und verlustreichen Kämpfen, besonders in Badakshan, im Kunar-Tal und in Paktia. Im Kunar-Tal ist die Zerstörung der Dörfer und die Vernichtung der Getreidevorräte Anlaß für die Flucht der Bevölkerung der gesamten Talschaft. Bis Ende März steigt die Zahl der Flüchtlinge auf etwa 700 000.

Mit Beginn der sowjetischen Offensiven in Westafghanistan (Herat/Farah) beginnt erstmals auch eine große Fluchtbewegung nach dem Westen in den Iran. Obwohl genauere Zahlen nicht bekannt sind, muß doch angenommen werden, daß als Folge der sowjetischen Invasion mindestens 300 000 bis 400 000 Afghanen in den Iran geflohen sind. Besonders für die schiitische Minderheit kam der Iran, in dem gerade Ajatollah Khomeini die Macht übernommen hatte, viel eher als Asyl-Land infrage als Pakistan. Aus vielen afghanischen Familien befand sich ohnehin ein Sohn oder ein männlicher Verwandter als Gastarbeiter im Iran, so daß es für viele ein zusätzliches Argument gab, nicht nach Pakistan, sondern in den Iran zu flüchten.

Seit Beginn der sowjetischen Invasion gibt es vor allem drei Fluchtgründe:

- a) die physische Bedrohung bei den Kämpfen zwischen der afghanisch-sowjetischen Armee und den Widerstandsgruppen;
- b) die Zerstörung der Häuser und der Nahrungsmittel-Vorräte; die Vernichtung der Brunnen und Wasserleitungen; die Wegnahme des Brennmaterials;
- c) die zunehmende "Sowjetisierung": der Zwang zur Schule, der absolute Wehrzwang, der Zwang für Mädchen und Frauen zur Teilnahme an Alphabetisierungskursen, die Besetzung aller wichtigen Verwaltungsdienststellen im Lande mit sowjetischen Beratern.

Als Besonderheit in der Folge der sowjetischen Invasion muß die Flucht eines Teils der islamischen Geistlichkeit angesehen werden. Die Regierungen Taraki und Amin hatten zuvor großen Wert darauf gelegt, sich das Wohlwollen der Mullahs zu erhalten. Staatliche Subventionen zum Neubau bzw. zur Renova-

tion von Moscheen, wurden angeboten, die Koranschulen erhielten staatliche Subsidien und die islamische Fakultät der Universität Kabul blieb bei den ansonsten wilden Revirements innerhalb der Universität verschont. Auch nach der sowjetischen Invasion änderte sich die Religionspolitik der neuen Regierung Babrak Karmal nicht grundlegend. Dennoch nahm ein großer Teil der Mullahs die Invasion zum Anlaß, ihre Dörfer und Gemeinden zu verlassen und zu fliehen. Für sie war mit der sowjetischen Invasion eine Zeit der Gottlosigkeit angebrochen, der man sich entziehen mußte. Viele von ihnen kannten aus Erzählungen und Berichten die Geschichte der Verfolgung der muslimischen Geistlichen in den asiatischen Sowjetrepubliken Tadjikistan, Usbekistan und Turkestan. Auf diesem Hintergrund wird verständlich, daß viele muslimische Geistliche Babrak Karmal als Inkarnation des Satans ansahen, der sich der gottlosen Russen bediente, um das afghanische Volk zu unterdrücken. Die Flucht der Mullahs führte zu einer wesentlichen Stärkung der islamischen Widerstandsgruppen in Peshawar und veränderte in nicht unerheblichem Maße das Spektrum des Widerstands insgesamt.

Als Folge der immer intensiveren Kämpfe zwischen den afghanisch-sowjetischen Regierungstruppen und den afghanischen Freiheitskämpfern stieg die Zahl der Flüchtlinge sehr rasch weiter an. Ende des Jahres 1980 waren bereits 1,4 Millionen Flüchtlinge in Pakistan registriert, im Juni 1981 wurde die Zweimillionengrenze überschritten, Ende 1981 war die Zahl auf 2,3 Millionen gestiegen. Wiewohl die Flüchtlingsstatistik der pakistanischen Regierung und mittelbar auch die Statistik des UNHCR in bestimmten Punkten angezweifelt werden muß, so kann doch davon ausgegangen werden, daß die derzeitige Zahl der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan bei rund drei Millionen liegt. Mit dieser Zahl stellen die afghanischen Flüchtlinge in Pakistan die größte Flüchtlingspopulation in einem einzigen Land der Welt dar. Wenn man die Einwohnerzahl Afghanistans mit insgesamt fünfzehn Millionen beziffert, so bedeutet die Zahl von drei Millionen afghanischer Flüchtlinge in Pakistan, daß ein Fünftel der Gesamtbevölkerung nach Pakistan geflüchtet ist.

## II. ZUR SITUATION DER FLÜCHTLINGE IN PAKISTAN

### 1. Ankunft und Registrierung

Die Flüchtlinge benutzen im wesentlichen zwei Routen, um nach Pakistan zu gelangen. Es sind einmal die Paßübergänge im Suleiman-Gebirge, über die man in die pakistanische North-West Frontier-Provinz (NWFP) gelangt. Hier sind die größten Flüchtlingslager bei Miram Shah, Kohat, um Peshawar, Barakai, Nasir Bagh, sowie in der Bajaur-Agency. Kleinere Flüchtlings-siedlungen befinden sich in Dir und in Swat, sowie in Chitral, wohin man durch Paßübergänge aus dem Kunar-Tal kommen kann. Der zweite Flüchtlingsweg

führt von Kandahar nach Südosten in die pakistanische Provinz Belutschistan mit der Hauptstadt Quetta. Hier sind die größten Flüchtlingsansiedlungen bei Chagai, Omar Shah, Mushki, Mohammad Khel, Pishin und Surkhab.

Der weitaus größte Teil der afghanischen Flüchtlinge ist in der NWFP konzentriert. Dies hat ethnische und sprachliche Gründe. NWFP ist die Provinz der Pathanen, die den Afghanen kulturell sehr nahestehen. Soweit die Flüchtlinge Pashtunen sind, sprechen sie dieselbe Sprache wie die Einwohner von NWFP, nämlich Pashtu. Bekanntlich wurde die afghanisch-pakistanische Grenze 1893 in einem Vertrag zwischen Sir Mortimer Durand und dem damaligen Emir von Afghanistan, Abdur Rahman, festgelegt. Diese sogenannte Durand-Linie verläuft über die Käme und Pässe des Suleiman-Gebirges und ist von den Pashtunen/Pathanen nie als Grenze akzeptiert worden. Die Bestrebungen um einen selbständigen Staat Pashtunistan haben über Jahrzehnte hinweg die Beziehungen zwischen Afghanistan und Pakistan belastet. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Pashtunen/Pathanen war immer so stark, daß ihr Separatismus eine ernsthafte Gefahr sowohl für Afghanistan als auch für Pakistan darstellte<sup>4</sup>. So ist es nicht verwunderlich, daß die Pashtunen in die NWFP flüchteten. Sie sind dort sprachlich und kulturell zuhause, sie können davon ausgehen, daß sie in pashtunischer Solidarität aufgenommen werden und dieselben sozialen Spielregeln vorfinden, die auch zuhause galten.

Die Verwandtschaft zu den in der pakistanischen Provinz Belutschistan lebenden Belutschen ist weniger ausgeprägt. Die auf afghanischem Territorium lebenden Belutschen waren immer ein kleines Nomadenvolk und haben niemals eine staatstragende Funktion wie die Pashtunen gehabt. Dennoch haben sie eine wichtige Rolle gespielt, vor allem im Handel zwischen Kandahar und Quetta und waren immer ein grenzüberschreitendes Volk. Daß die Flüchtlingskonzentration in Belutschistan, obwohl sehr viel geringer als in der NWFP, dennoch ein möglicherweise größeres Problem darstellt, wird weiter unten zu zeigen sein.

Grundsätzlich sind alle ankommenden Flüchtlinge verpflichtet, sich von den zuständigen pakistanischen Behörden registrieren zu lassen. Nur registrierte Flüchtlinge können in einem Lager Aufnahme finden; nur so können sie in den Genuß internationaler Hilfe kommen. Nichtregistrierte Flüchtlinge haben keinen Anspruch auf Unterstützung. Es hat sich die Praxis herausgebildet, daß die Beamten des pakistanischen Flüchtlingskommissars eine Registrierung nur vornehmen, wenn eine Vorprüfung durch eine der afghanischen Exilparteien stattgefunden hat. Dabei findet eine Art politischer Überprüfung statt. In der Praxis bedeutet diese Überprüfung sehr oft, daß der Flüchtling sich der jeweiligen afghanischen Exilpartei anschließen muß, um seine und die Registrierung seiner Familie nicht zu gefährden. Für die ankommenden männlichen Flüchtlinge bedeutet diese Vorprüfung auch, daß sie verpflichtet werden, nach einer angemessenen Erholungszeit (zwei bis drei Wochen) sich einem Stoßtrupp von Freiheitskämpfern anzuschließen, um in Afghanistan gegen die sowjetisch-afghanischen Truppen zu kämpfen.

Auf diesem Hintergrund ist es verständlich, daß es Flüchtlinge gibt, die

auf ihre Registrierung und die damit verbundenen Vorteile verzichten. Es handelt sich bei dieser Gruppe vor allem um städtische Intellektuelle, die sich nicht dem Diktat der islamisch-fundamentalistischen Exilparteien beugen wollen. Sie leben außerhalb der Lager unter oft katastrophalen Bedingungen, wenn sie nicht von Verwandten und Freunden aus einem Lager (illegal) versorgt werden. Sehr oft bemühen sich diese nichtregistrierten Flüchtlinge um eine Weiterreise in ein Drittland (Indien, Westeuropa, USA), was aber nur wenigen gelingt.

## 2. Die afghanischen Exilparteien / Widerstandsgruppen

Die genaue Zahl der Exilparteien, Gruppierungen und Widerstandsgruppen, die in Pakistan eine Basis haben und von dort aus operieren, ist nicht genau zu ermitteln. Zu keinem Zeitpunkt hat es bisher einen Zusammenschluß aller Exilgruppen gegeben. Die einzelnen Gruppen unterscheiden sich in ihren politischen Programmen, sehr oft aber auch nach ihrer ethnischen Zusammensetzung und nach der Art und Weise ihrer militärischen Operationen<sup>5</sup>. Manche Gruppen sind nur in einem kleinen engbegrenzten Gebiet tätig.

Zu internationaler Bedeutung sind vor allem die sechs Gruppen gekommen, die sich zur "Islamischen Allianz zur Befreiung Afghanistans" zusammengeschlossen haben. Die Allianz wird von dem Theologieprofessor Abdur Rasul Sayef geleitet. Der 1981 erfolgte Zusammenschluß der sechs Parteien ist allerdings keinerlei Indiz für eine gemeinsame Politik und Strategie. Die Situation der Allianz ist eher geprägt von einem Dauerzwist unter den sechs Parteiführern und ihrer jeweiligen Gefolgschaft. Die Mitglieder der Islamischen Allianz sind folgende Parteien:

- a) Hezbi Islami Afghanistan (Islamische Partei Afghanistans). Ihr Führer ist der inzwischen auch in Europa und Amerika bekannt gewordene Gulbuddin Hekmatyar. Die Gruppe wurde bereits 1968 gegründet und ging seinerzeit aus der Moslem-Jugend und der Moslem-Bruderschaft hervor. Hezbi Islami strebt eine fundamentalistische Republik in Afghanistan an, einen Nationalstaat revolutionär-islamischen Zuschnitts. Gulbuddin Hekmatyar war bereits unter dem Regime von Zahir Shah ein erklärter Gegner der Monarchie und hatte sich bereits in der Regierungszeit Daoud nach Pakistan abgesetzt. Seine Widerstandsgruppe hatte daher 1978 bereits einen organisatorischen Vorsprung vor den Rivalengruppen. Hekmatyar soll seinerzeit von Bhutto unterstützt worden sein. Es ist derzeit unklar, ob Hezbi Islami noch Mitglied der Allianz ist.
- b) Inqelab-e-Melli Islami (Nationale Front für die islamische Revolution), gelegentlich auch Mahas-e Melli Islami genannt. Ihr Führer ist der weithin bekannte Pir Sayed Ahmed Gilani, der Sohn eines Sufi-Poeten und Angehörigen der islamischen Sekte der Qadarias. Die Inqelab-e Melli strebt ebenfalls einen islamischen Staat an, aber nicht fundamentalistisch und auch nicht unbedingt republikanisch, sondern gegebenenfalls auch monarchistisch.



Gilani hatte sich zu Beginn der Saur-Revolution zunächst der Volksdemokratischen Partei angeschlossen und war zwei Monate lang Berater von Taraki gewesen. Nachdem er die Revolution jedoch als eindeutig kommunistisch identifiziert hatte, trennte er sich von Taraki und rief zum heiligen Krieg gegen die Regierung auf. Die Gefolgschaft von Gilani besteht zu einem Teil aus Flüchtlingen aus Uruzgan (Südafghanistan).

- c) Nedjat-e Melli (Front für die Nationale Befreiung). Ihr Führer ist Hazrat Mujadidi, der bis 1978 Professor für islamisches Recht an der Universität Kabul war. Die Nedjat-e Melli propagiert die Wiedereinführung der Monarchie und die Einrichtung eines traditionellen Stammesparlaments (Loya Jirga) nach dem im 19. Jahrhundert bewährten Modell. Hazrat Mujadidi unterhält enge Beziehungen zu den Mitgliedern des Königshauses im Exil und versucht derzeit, den früheren König dazu zu bewegen, in die Politik zurückzukehren.
- d) Jamiat Islami Afghanistan (Islamische Gesellschaft Afghanistans). Ihr Führer ist der Theologieprofessor Burhanuddin Rabbani, dessen Anhänger z. T. aus der Moslem-Bruderschaft (Akhwanis) stammen und ähnlich wie die Hezbi Islami einen fundamentalistischen Staat anstreben. Rabbani hat zeitweilig mit Hekmatyar zusammengearbeitet, hat sich von ihm aber schon unter der Regierung Daoud getrennt.
- e) Harakat-e Inqelab Islami (Bewegung für die islamische Revolution). Ihr Führer Mohammad Nabi Mohammadi ist wie Rabbani Theologieprofessor und war zu theologischen Studien lange Jahre in Ägypten und Libyen. Mohammad Nabi war in der Zeit von Zahir Shah Abgeordneter des Parlaments; innerhalb der Harakat-e gibt es sowohl Republikaner als auch Royalisten, die eine Rückkehr des Königs aus dem Exil unterstützen, bzw. als das geringere Übel akzeptieren würden.
- f) Hezbi Islami II (Islamische Partei II). Es handelt sich hier um eine Abspaltung von Hezbi Islami Afghanistan (Hekmatyar-Gruppe). Der Führer von Hezbi Islami II, Junus Khalis, gilt als alter Haudegen. Seine Gruppe ist ausgesprochen rechtskonservativ, reaktionär, fanatisch, militärisch ähnlich gut organisiert wie Hekmatyars Gruppe.

Einigkeit unter diesen sechs Gruppen gibt es nur unter dem "Banner des Islam". Alle weitergehenden Versuche, Einigkeit in der politischen Zielsetzung und der militärischen Strategie zu erreichen, scheiterten an persönlichen Animositäten, verleumderischen Unterstellungen und weltanschaulichen Differenzen. Trotz der Zersplitterung üben jedoch die einzelnen Exilparteien auf die Flüchtlinge, die zu ihrer Gefolgschaft gehören, einen großen Einfluß aus.

### 3. Leben im Lager

Mit erfolgter Registrierung können alle ankommenden Flüchtlinge in ein Lager aufgenommen werden. Sie wählen dabei normalerweise ein Lager, in dem sich bereits Flüchtlinge aus ihrem Dorf oder ihrer Talschaft befinden. Entspre-

chende Nachrichten werden durch Mitarbeiter der Exil-Parteien verbreitet. Oft helfen Angehörige aus demselben Dorf oder aus derselben Groß-Sippe (Khel) auch schon vorher. Das Verfahren der Registrierung kann u. U. mehrere Wochen dauern. Während dieser Zeit besteht kein Anspruch auf Unterstützung. Bei dieser Situation kommt es gelegentlich auch zu Mißbrauch und korrupten Praktiken. Zur Registrierung selbst erscheinen nur die männlichen Familienangehörigen oder manchmal auch nur das Familienoberhaupt. Frauen ist es aufgrund der Stammessitten nicht gestattet, persönlich zur Registrierung zu erscheinen. Die pakistanischen Behörden haben insoweit auch keine direkte Möglichkeit, die Angaben des Familienoberhauptes zu überprüfen.

Im Lager erhalten alle registrierten Flüchtlinge ein monatliches Taschengeld von 50 Pakistanischen Rupies. Eine Familie kann jedoch im Höchstfall 500 Rupies beziehen. Dazu kommen die Hilfsgüter, die durch den UNHCR und/oder Hilfsorganisationen zur Verfügung gestellt werden. Die Hilfsgüter werden durch den pakistanischen Lagerleiter (Camp-Commander) so verteilt, wie sie zur Verfügung stehen. Es handelt sich dabei um Zelte, Decken, Kleidung, Lebensmittel und Kindernahrung. Neuerdings wird, um der drohenden Abholzung des Baumbestandes zu begegnen, von den Hilfsorganisationen auch Kerosin zur Verfügung gestellt. Alle Lager haben normalerweise eine Wasserversorgung durch Tiefbrunnen, die mit Mitteln der Hilfsorganisationen gebohrt werden. In den meisten Lagern gibt es eine medizinische Versorgung, die kostenlos in Anspruch genommen werden kann. In allen größeren Lagern gibt es eine Schule, zumindest für die Jungen, sowie eine Moschee.

Bei allen Verteilungsvorgängen greifen die pakistanischen Beamten weitgehend auf einheimische afghanische Autoritätsstrukturen zurück. Dorfälteste, Stammesführer und Mullahs haben dabei eine wesentliche Rolle. Insoweit werden sozio-strukturelle Gegebenheiten, die in Afghanistan existiert haben, auch im Exil perpetuiert<sup>6</sup>. Für das Amt des pakistanischen Commissioner for Refugees hat dieses Verfahren einen doppelten Vorteil: einmal spart das Amt dadurch eigenes Personal, andererseits werden alle möglichen bei der Verteilung von Gütern auftretenden Konflikte von den Flüchtlingen intern geregelt. Dennoch kommt es gelegentlich zu Unregelmäßigkeiten, vor allem dann, wenn Vertreter der Exil-Parteien sich mit Vertretern bestimmter Hilfsorganisationen zusammentun und eine Verteilung der Hilfsgüter auf eigene Faust vornehmen.

Ein einheitliches Urteil über die Situation in den Lagern ist schwer zu fällen. Es gibt Lager, in denen die Flüchtlinge unter menschenunwürdigen Verhältnissen am Rande des Existenzminimums vegetieren. Es gibt aber auch Lager, die sich nur unwesentlich von der Situation eines normalen afghanischen Dorfes unterscheiden. Dies gilt vor allem für jene Lager, in denen inzwischen Lehmhäuser errichtet sind, eine Moschee und eine Schule gebaut wurde, die Dorfhandwerker ihrer traditionellen Arbeit nachgehen und die Flüchtlinge die Möglichkeit haben, im Umfeld des Lagers ihr Vieh zu weiden. Die etwas euphemistische Aussage des Commissioner for Refugees in NWFP, "They always have been living that way", muß hier als auf den ersten Blick zutreffend

bezeichnet werden. Aus der Sicht der pakistanischen Dörfler sind die afghanischen Flüchtlinge sogar bevorzugt: Sie erhalten 500 Rupien Familienunterhaltsgeld im Monat (etwa DM 110.-), eine Summe, die den meisten pakistanischen Familien als Bargeld nicht zur Verfügung steht.

Die meisten afghanischen Flüchtlinge leiden in Pakistan tatsächlich nicht unter materieller Not. Ihr Hauptproblem ist ein seelisches: ihre völlig ungeklärte Situation läßt die Flüchtlinge oft verzweifeln. Viele haben bei der Flucht geglaubt, daß der Aufenthalt in Pakistan nur kurze Zeit dauern werde. Nachdem nunmehr bereits sechs Jahre seit dem Beginn der Saur-Revolution vergangen sind, schwinden die Hoffnungen auf eine baldige Rückkehr immer mehr. Auch bei einfachen Leuten, die von den Komplikationen internationaler Politik wenig verstehen, macht sich inzwischen die Meinung breit, daß u.U. alle Flüchtlinge in Pakistan bleiben müssen. Von diesen Zweifeln und Unsicherheiten geplagt, verfallen viele Flüchtlinge in Apathie. Weder erwarten sie den baldigen Sieg der Mujaheddin über die sowjetisch-afghanische Armee, noch glauben sie an eine politische Lösung des Konflikts durch internationale Verhandlungen. Wenn dazu Nachrichten kommen, daß Söhne, Brüder und Männer als Freiheitskämpfer gefallen sind, so läßt sich das Ausmaß seelischer Not vorstellen, in dem sich die Flüchtlinge befinden.

#### 4. Verhältnis der Flüchtlinge zum Gastland

Mit zunehmenden Flüchtlingszahlen wird das Verhältnis der Flüchtlinge zur einheimischen Bevölkerung ungünstiger. In NWFP kommt heute bereits auf sechs Einheimische ein Flüchtling. Auch bei starker Solidarität, bedingt durch die gemeinsame Religion und die Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Volk, sind Spannungen unausbleiblich.

Zunächst überwogen für die einheimische Bevölkerung die mittelbaren Vorteile, die sie durch die Anwesenheit der Flüchtlinge hatten. In den Lagern und im Umfeld der Lager wurden überall neue Brunnen gebohrt, die als Wasserstellen auch der einheimischen Bevölkerung zugute kamen. Die Verteilung von Grundnahrungsmitteln wie Weizen und Reis führte dazu, daß diese Güter auf den lokalen Märkten zu Tiefstpreisen erhältlich waren. Dazu kam, daß bestimmte Güter wie Decken, Kleidungsstücke, Zelte, Baumaterialien, von vielen internationalen Hilfsorganisationen am lokalen Markt akquiriert wurden und insoweit zur Nachfrage und zum wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen haben. Nicht unerwähnt bleiben darf auch eine Einnahmequelle für die Stämme im Grenzgebiet, die sich aus dem Waffenhandel ergab.

Inzwischen scheint es jedoch, daß eher die Nachteile der großen Flüchtlingskonzentrationen überwiegen. In einigen Gebieten beklagen sich die Einheimischen, daß es ihnen kaum noch möglich ist, Brennholz zu finden, da die Flüchtlinge die ohnehin kargen Wald- und Buschbestände inzwischen kahlgeschlagen haben. Ähnliches gilt für die vorhandenen spärlichen Weideflächen. Nach Schätzungen des Commissioner for Refugees haben die afghanischen

Flüchtlinge etwa drei Millionen Tiere auf der Flucht mitgebracht. Viele Flüchtlinge haben mit ihrem Taschengeld inzwischen in Pakistan Schafe, Ziegen und Kühe wiederbeschafft und belegen mit ihren Herden die ohnehin überweideten Flächen am Ostabhang des Suleiman-Gebirges. Während in den ersten beiden Jahren nach der Saur-Revolution viele Flüchtlinge in den Sommermonaten mit ihren Tieren über die Grenze nach Afghanistan zurückgingen und erst bei Winteranbruch wieder in die Lager kamen, gibt es eine solche jahreszeitlich bedingte Migration heute kaum noch. Auch wird in zunehmendem Maße unter der pakistanischen Bevölkerung bekannt, daß durch den Bau vieler zusätzlicher Wasserstellen der Grundwasserspiegel absinkt und insoweit die Anwesenheit der Flüchtlinge eine vorhersehbare Umweltkatastrophe herbeiführt<sup>7</sup>.

Zu eigentlichen Auseinandersetzungen ist es bisher nur in Belutschistan gekommen. Die einheimischen Belutschen fürchten sich vor einer Überfremdung, da der Großteil der Flüchtlinge keine ethnischen Belutschen sind. Es ist jedoch deutlich so, daß der Zorn der einheimischen Bevölkerung sich in der Regel nicht gegen die Flüchtlinge wendet, sondern gegen die Regierung in Islamabad, der vorgeworfen wird, nicht ausreichend um eine Lösung des Afghanistanproblems bemüht zu sein.

Dabei lassen sich geschickt eigene politische Forderungen in die Flüchtlingsproblematik miteinbauen. Besonders in Belutschistan ist es im Zuge der Einwanderung der Flüchtlinge zu einer Verstärkung des Separatismus gekommen. Die Belutsch-Separatisten erhalten Unterstützung von sowjetischer Seite<sup>8</sup>. Das Zentrum der Belutsch-Separatisten soll sich sogar innerhalb Afghanistans befinden. Selbstverständlich wäre in einem unabhängigen Belutschistan kein Platz mehr für Flüchtlinge aus anderen Völkern, zumal diese nach offizieller sowjetisch-afghanischer Terminologie als Banditen anzusehen sind. Inwieweit die Anwesenheit der Flüchtlinge durch solche politischen Verwicklungen zur Destabilisierung Pakistans beiträgt, läßt sich derzeit noch nicht absehen. Die Zusammenhänge werden jedoch mit fortschreitender Zeit deutlicher.

Die Güterabwägung zwischen positiven und negativen Aspekten der Anwesenheit der Flüchtlinge, die für die pakistanische Bevölkerung zutrifft, trifft damit mutatis mutandis auch für die pakistanische Regierung zu. Die pakistanische Regierung zog zunächst einige Vorteile als Hauptasylland der Flüchtlinge. Die Vorteile waren wirtschaftlicher, militärischer und politischer Natur. Die wirtschaftlichen Vorteile lagen vor allem in dem starken Devisenzustrom, der durch die internationale Flüchtlingshilfe ausgelöst wurde. Da die Leistungen gegenüber den Flüchtlingen nur in pakistanischer Inlandswährung erbracht wurden, kam Pakistan zu unerwarteten Devisenreserven. Gleichzeitig erhielt die pakistanische Regierung Militärhilfe, vor allem von den USA, in bisher nicht gekanntem Umfang. Durch die sowjetische Invasion in Afghanistan war Pakistan zum "Frontstaat" geworden, dem militärische Unterstützung zukommen mußte. Die pakistanische Führung hat die Gunst dieser Stunde genutzt und vor allem die Luftwaffe mit amerikanischer Hilfe wesentlich modernisiert. Schließlich war auch eine politische Aufwertung des pakistanischen Regimes zu beobachten, sowohl durch die Länder des Westens als auch durch die musle-

mischen Regierungen des Mittleren Ostens.

Erst in allerjüngster Zeit machen sich in Pakistan die Nachteile der Flüchtlingssituation bemerkbar. Der verstärkte Separatismus in Belutschistan wurde bereits oben erwähnt. Ähnliches gilt auch für die Tribal Areas innerhalb von NWFP. Es ist auch ein offenes Geheimnis, daß es sehr enge Beziehungen zwischen einigen fundamentalistischen afghanischen Exilparteien und den pakistanischen Muslim-Parteien gibt<sup>9</sup>. Die kürzlich durchgeführte Verlegung von einigen Flüchtlingslagern aus NWFP in den Punjab ist möglicherweise in diesem Zusammenhang zu sehen. Auch kursieren immer wieder Gerüchte, daß die Pakistan People's Party (PPP) über Kabul Unterstützung erhalte, um zur Destabilisierung des Regimes Zia ul-Haq beizutragen. Tatsache ist, daß Murtaza Ali Bhutto, ein Sohn des hingerichteten früheren pakistanischen Ministerpräsidenten, sich seit geraumer Zeit in Kabul aufhält und von dort aus die Terror-Organisation "Al Zulfikar" in Pakistan unterstützt. Bei der gewaltsamen Entführung eines pakistanischen Verkehrsflugzeuges kamen diese Zusammenhänge auch in der Presse zur Sprache. Von einigen Beobachtern werden auch Zusammenhänge zwischen den derzeitigen Unruhen in Sind und einigen afghanischen Exilpolitikern gesehen. So ist es nicht verwunderlich, daß mit zunehmendem Protest gegen das Regime Zia ul-Haq auch innerhalb der pakistanischen Regierung diejenigen Stimmen stärker werden, die dafür plädieren, keine neuen Flüchtlinge mehr zu akzeptieren und verstärkt auf eine Rückführung der Flüchtlinge nach Afghanistan zu drängen.

Die Ambivalenz der pakistanischen Regierung in der Einschätzung der Flüchtlingsfrage wird derzeit immer deutlicher. Einige internationale Hilfsorganisationen versuchen, ihre bisherige rein assistentielle Hilfe auf Projekthilfe umzustellen. Die Flüchtlinge sollen immer weniger Hilfsgüter erhalten und immer mehr eigenes Einkommen erwirtschaften. In Food-for-Work-Programmen sollen Flüchtlinge an Entwicklungsmaßnahmen mitarbeiten, z. B. beim Wege- und Straßenbau, beim Wasserbau, bei der Wiederaufforstung, beim Erosionsschutz, bei der Wildbachverbauung.

Einerseits wünscht die pakistanische Regierung eine Beteiligung der Flüchtlinge an diesen Infrastrukturvorhaben. Andererseits fürchtet sie die damit verbundene weitere Integration der Flüchtlinge in die einheimische Wirtschaft und Gesellschaft. Die pakistanische Regierung zögert daher, entsprechende Abkommen mit internationalen Organisationen abzuschließen.

### III. PERSPEKTIVEN DES PROBLEMS

Das Schicksal der afghanischen Flüchtlinge ist heute ungewisser denn je zuvor. Die Afghanistanfrage ist weltpolitisch in den Hintergrund gedrängt worden. In der militärischen Auseinandersetzung zwischen der sowjetisch-afghanischen Armee und den Widerstandsgruppen herrscht eine Patt-Situation. Die Regie-

Truppen beherrschen die großen Städte und die großen Straßen, die Widerstandsgruppen haben ihre Hochburgen in den unzugänglichen Bergdörfern und den engen Tälern. Die Armee beherrscht das Land bei Tag, die Widerstandsgruppen es bei Nacht.

Eine Lösung des Flüchtlingsproblems ist derzeit nur noch langfristig denkbar. Sie ist abhängig von zwei wesentlichen Voraussetzungen, die nicht kurzfristig erreicht werden können, nämlich einer Voraussetzung, die die Afghanen selbst schaffen müssen und einer weiteren Voraussetzung, die international hergestellt werden muß.

a) Zusammenschluß der Widerstandsgruppen: Die Zersplitterung der Widerstandsgruppen/Exilparteien schreitet weiter fort. Es scheint, daß mit der Ankunft neuer Flüchtlingswellen auch weitere Widerstandsgruppen entstehen. Die unterschiedliche politische Ausrichtung der Widerstandsgruppen läßt derzeit eine realisierbare politische Lösung für die Zukunft Afghanistans nicht zu. Die Differenzen und Animositäten zwischen den Führern der Widerstandsgruppen und den jeweiligen Milizen der Exilparteien haben sowohl in Afghanistan als auch in Peshawar zu bewaffneten Auseinandersetzungen untereinander geführt. Nicht ohne Grund sind die Hauptquartiere der Exilparteien von bewaffneten Gefolgsleuten bewacht. Die afghanischen Parteiführer bewegen sich auch in den Flüchtlingslagern in der Regel nur im Schutz von Leibgarden.

Trotz dieser unglücklichen Sachlage gibt es immer wieder Bemühungen, eine Exilregierung zustande zu bringen. Zeitweilig sah es so aus, als ob es dem früheren afghanischen UNO-Botschafter, Abdur Rahman Pazhwak, gelingen würde, eine gemeinsame Plattform für eine Exilregierung herzustellen. Pazhwak führte Verhandlungen nicht nur mit den Führern der Exilparteien in Peshawar und in Quetta, sondern auch mit Vertretern von afghanischen Asylgruppen in West-Europa und den USA. Obwohl allenthalben Kompromisse erreicht wurden, scheiterten die Bemühungen schließlich an der Unversöhnlichkeit zwischen den islamisch-fundamentalistischen Parteien einerseits und den demokratisch-nationalistischen Gruppen andererseits.

Auch die Bemühungen, Ex-König Zahir Shah als Integrationsfigur für eine Exilregierung und evtl. für eine spätere unabhängige afghanische Regierung zu gewinnen, müssen als gescheitert angesehen werden. Hier war es vor allem Hazrat Mujadidi, der versuchte, seit 1979 Zahir Shah eine Rolle als nationaler Versöhner zu geben. Ex-König Zahir Shah gab schließlich im Juli 1983 sein zehnjähriges Schweigen im italienischen Exil auf und erklärte sich in einem Presse-Interview für "Le Monde" bereit, ein "Klima der Eintracht und Einheit" mitschaffen zu helfen. Während diese Erklärung zunächst positiv aufgenommen wurde, kam es aber bei der Behandlung der Frage, ob Zahir Shah nach Pakistan reisen solle, um bei einer Loya Jirga zu präsidieren, erneut zum Zerwürfnis. Zahir Shah hatte zwar deutlich gemacht, daß es ihm in keinem Falle um eine Rückkehr zur Monarchie ginge, dennoch wurde sein Angebot mit Mißtrauen aufgenommen und schließlich erklärte

Gulbuddin Hekmatyar, daß seine Hezbi Islami sich weder mit dem König noch mit irgendeinem anderen Angehörigen des früheren Königshauses in Koalition begeben wolle.

b) Eine andere Ebene, zu einer politischen Lösung des Flüchtlingsproblems zu kommen, stellen die Genfer Afghanistan-Gespräche dar. Bei den Genfer Gesprächen handelt es sich um sogenannte indirekte Verhandlungen zwischen den Regierungen von Afghanistan und Pakistan. Veranstalter der Gespräche ist die UNO. Der stellvertretende Generalsekretär der UNO fungiert dabei als Briefträger, Vermittler und Moderator. Bei der Gesprächsrunde 1982 hatte die UN-Delegation den Eindruck, daß eine Lösung in Sicht sei. Entsprechend optimistisch waren die Äußerungen des UN-Unterhändlers Cordovez. Auch der afghanische Außenminister, Mohammed Dost, deutete an, daß seine Regierung einem Dreistufenplan zugestimmt habe, nämlich Garantie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans - Abzug der sowjetischen Truppen - Rückkehr der Flüchtlinge. Bereits vor Beginn der Verhandlungen 1983 machte die afghanische Regierung allerdings deutlich, daß sie den Dreistufenplan nicht als eine zeitliche Abfolge ("Timetable") verstehe. Die Verhandlungen des Sommers 1983 verliefen daher ergebnislos.

Sowohl unter den afghanischen Exilgruppen als auch in anderen politischen Zirkeln werden mögliche Modelle diskutiert, die zu einer Rückkehr der Flüchtlinge führen können<sup>10</sup>. Alle diese Gedankenspiele müssen, wenn sie realistisch sind, davon ausgehen, daß eine Rückkehr der Flüchtlinge nur nach einem Abzug der sowjetischen Truppen denkbar ist. Da aber offensichtlich niemand die genauen Gründe für die massive militärische Intervention der Sowjets kennt, ist es auch schwierig, über die Bedingungen des Abzugs der Interventionstruppen zu spekulieren. Hier liegt eines der großen Probleme aller Lösungsversuche.

Babrak Karmal und seine Regierung sind an der Rückkehr der Flüchtlinge lebhaft interessiert. Für die afghanische Regierung bedeutet die Anwesenheit der sowjetischen Truppen einerseits und der beständige weitere Exodus der Flüchtlinge andererseits ein unlösbares Dilemma. Die afghanische Regierung hat wiederholt Versuche unternommen, wenigstens einen Teil der Flüchtlinge zurückzugewinnen. Freiwilligen Rückkehrern wurde Amnestie versprochen, Studenten wurden Studierplätze an der Universität Kabul zugesagt, zurückkehrenden Bauern und Landarbeitern wurde eine bevorzugte Zuteilung von Ackerland im Rahmen der Landreform zugesichert. Von Zeit zu Zeit berichten die staatlichen Zeitungen in Kabul und auch Radio Afghanistan von freiwillig zurückgekehrten Flüchtlingen. Es muß jedoch davon ausgegangen werden, daß es sich dabei um Einzelfälle unter ganz bestimmten persönlichen Umständen handelt. Gleichzeitig geht jedoch die "Abstimmung mit den Füßen" weiter. Es muß befürchtet werden, daß sich die Zahl der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan vor Einbruch des Winters 1983/84 erneut drastisch erhöhen wird.

Alle Perspektiven, wenn sie ausreichend wirklichkeitsnah sein sollen,

müssen von der Tatsache der sich verstärkenden Sowjetisierung Afghanistans ausgehen. Dies gilt für nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens im allgemeinen und der Politik im besonderen. In vielen Verwaltungsfunktionen nicht nur der höheren, sondern auch der gehobenen und mittleren Ebene, sitzen heute russische Beamte. Während sie zu Beginn der Invasion noch Beraterstatus hatten, sind sie heute meist in exekutiver Position. Die aus der Sowjetunion mitgebrachten Handlungsmuster werden, besonders wenn sie aus den asiatischen Sowjetrepubliken stammen, vollumfänglich in Afghanistan zur Anwendung gebracht. Das Schulsystem wurde in den vergangenen drei Jahren dem sowjetischen Schulsystem angepaßt. Für die Oberschulen werden inzwischen ausschließlich sowjetische Schulbücher als Vorlagen benutzt. In der Universität Kabul und in der Medizinischen Hochschule Jalalabad lehren russische Dozenten; einige Tausend junge Afghanen befinden sich als Stipendiaten in der Sowjetunion. Eine solche massive Durchdringung kann auf lange Sicht nicht folgenlos bleiben: sie führt, wie die historische Erfahrung aus den asiatischen Sowjetrepubliken zeigt, im Verlauf einer Generation zu einem graduellen Verlust von autochthoner Kultur und nationaler Identität. Mit der sukzessiven Annahme fremder Handlungsmuster kann erfahrungsgemäß auch eine Regierung Akzeptanz finden, die ursprünglich keinerlei Basis im Volk gehabt hat.

Spiegelbildlich zu der erzwungenen Entfremdung der Afghanen in Afghanistan vollzieht sich auch der Entfremdungsprozeß der Afghanen in den Asylländern. Dies gilt auch für Pakistan, obwohl dort, wie oben erwähnt, die Verwandtschaft zur afghanischen Kultur am ehesten gegeben ist. Offensichtlich führt aber Lagerleben ipso facto zu Entfremdung und Entwurzelung.

Der Vielvölkerstaat Afghanistan ist als politisches Gebilde nie sehr stark gewesen. Die Emire, später die Könige und auch der republikanische Daoud haben erhebliche Energie darauf verwendet, innerhalb Afghanistans Integration herzustellen und zu erhalten. Alle Völker, besonders aber die Pashtunen, haben zu allen Zeiten bestimmte Sonderrechte beansprucht und teilweise auch zugesprochen bekommen<sup>11</sup>. Das innerafghanische System des Interessenausgleichs unter den verschiedenen Ethnien funktionierte, weil es einen gemeinsamen Konsensus über die afghanische Nation gab. Die derzeitige Situation in Afghanistan, aber auch in den Exil-Ländern der Afghanen, vermittelt den Eindruck, daß dieser Konsensus in raschem Verfall begriffen ist. Zu diesem ethnischen Separatismus ist der politische Partikularismus dazugekommen. Zwischen den Marxisten in Kabul und den Fundamentalisten in Peshawar gibt es immer weniger afghanische Gemeinsamkeiten. Integrationsfiguren, wie sie Zahir Shah und Mohammad Daoud darstellten, sind für ein zukünftiges Afghanistan nicht in Sicht. Es scheint, daß Afghanistan nicht nur seine äußere Unabhängigkeit, sondern auch seinen inneren Zusammenhalt verloren hat.



## Anmerkungen:

- +) Der Aufsatz beschränkt sich absichtlich auf die Flüchtlinge in Pakistan. Zur Situation der afghanischen Flüchtlinge im Iran gibt es keine verlässlichen Angaben, nicht einmal über ihre Zahl. Die iranische Regierung akzeptiert keinerlei internationale Hilfe für die Flüchtlinge. In Indien befinden sich etwa 3000 bis 5000 afghanische Flüchtlinge. Viele von ihnen streben eine Weiterwanderung in ein Drittland an. In der Bundesrepublik Deutschland sind etwa 12000 afghanische Flüchtlinge registriert. Sie sind zu fast 100 % Asylbewerber, bzw. anerkannte Asylanten. Pro Monat kommen derzeit 250 bis 500 afghanische Flüchtlinge in die Bundesrepublik Deutschland.
- 1) Über die Frage, ob die Vorgänge in Afghanistan als Putsch oder als Revolution zu verstehen seien, ist inzwischen viel geschrieben worden. Die meines Erachtens besten Abhandlungen dazu sind: ROY, Olivier, Afghanistan, die "Revolution" aus dem Nichts, in "Befreiung" Nr.21 (1980), S.72-88; sowie: GREVEMEYER, J.-H., Afghanistan und die Saur-Revolution, in: Mardom-e-Name, Berlin, 1980.
  - 2) Dazu siehe vor allem RUDERSDORF, Karl-Heinrich, Afghanistan - eine Sowjetrepublik? Reinbek, 1980, S.75 ff.
  - 3) Siehe VOGEL, Heinrich (Hrsg.), Die sowjetische Intervention in Afghanistan. Entstehung und Hintergründe einer weltpolitischen Krise, Baden-Baden, 1981.
  - 4) Siehe FRASER-TYTLER, W.K., Afghanistan, London/New York/Toronto, 1967.
  - 5) Vgl. GREVEMEYER, J.-H., Widerstand im Wandel, in: Blätter des iz3w, Nr.108, März 1983, S.13 ff.
  - 6) Westliche Besucher der Flüchtlingslager sind oft verwundert, wenn sie von einem würdigen Graubart empfangen und zum Tee eingeladen werden. Die Zelte der Würdenträger sind normalerweise mit guten Teppichen ausgelegt.
  - 7) Darauf haben inzwischen Experten vieler Hilfsorganisationen hingewiesen. Gespräch mit Chief Commissioner Brigadier Said Azhar. Vgl.auch: AHMED, Akbar S., Afghan Refugees, Aid and Anthropologists, in: Internationales Asienforum, Vol.12 (1981), No.1, S.77-92.
  - 8) Siehe HARRISON, Selig, In Afghanistans Shadow: Baluch Nationalism and Soviet Temptations, New York, 1982.
  - 9) Gemeint sind die Muslim League und die Jamiat-ul-Ulema-i-Pakistan des Maulana Shah Ahmad Noorani.
  - 10) Siehe beispielsweise: MEHTA, Jagat, Afghanistan: A Neutral Solution, in: Foreign Policy, Nr.47, 1982.
  - 11) Siehe FRÖHLICH, Dieter, Nationalismus und Nationalstaat in Entwicklungsländern. Probleme der Integration ethnischer Gruppen in Afghanistan, Meisenheim, 1970.